Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/8280

24. 10. 90

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Jens, Roth, Blunck, Börnsen (Ritterhude), Dr. Ehrenberg, Erler, Dr. Gautier, Jung (Düsseldorf), Meyer, Müller (Pleisweiler), Müntefering, Oostergetelo, Pfuhl, Reuschenbach, Dr. Sperling, Dr. Skarpelis-Sperk, Vahlberg, Wieczorek (Duisburg), Dr. Wieczorek, Zeitler, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD
— Drucksache 11/7878 —

Zur Situation des Handels der DDR mit den RGW-Ländern nach Einführung der D-Mark in der DDR

Der Warenaustausch mit den RGW-Staaten ist für die bisherige DDR – ebenso wie für die Volkswirtschaften der RGW-Staaten – von herausragender Bedeutung.

Durch den Zusammenfalls des planwirtschaftlichen Systems im RGW und die Einführung der D-Mark im Wirtschaftsgebiet der DDR ergeben sich in den Handelsbeziehungen der DDR mit den RGW-Staaten grundlegende Änderungen. Der RGW-Handel wurde bislang auf der Basis von Jahresprotokollen auf Regierungsebene abgewickelt, die durch kommerzielle Verträge zwischen den Betrieben ausgefüllt werden. Fakturierungs-Währung war dabei der sog. Transferrubel. Der Handel wird mit Beginn des nächsten Jahres auf der Basis konvertierbarer Währungen abgewickelt werden.

Vielfach ist ein Zusammenbruch bisheriger Handelsstrukturen mit dramatischen Rückwirkungen auf die betroffenen Betriebe, Sektoren und Volkswirtschaften nicht mehr auszuschließen. Im Zusammenhang mit Anzeichen einer ähnlichen dramatischen Entwicklung im übrigen Intra-RGW-Handel könnte dies nicht nur den Aufschwungsprozeß in der DDR erheblich beeinträchtigen, sondern würde darüber hinaus die wirtschaftliche und politische Stabilität der übrigen RGW-Länder – mit negativen Rückwirkungen auf Deutschland und Westeuropa – beeinflussen.

Gerade für die kleineren RGW-Länder hat Deutschland nicht zuletzt wegen ihrer Unterstützung unseres Einigungsprozesses – eine besondere Verantwortung. Eine zusätzliche Verantwortung erwächst daraus, daß das vereinigte Deutschland zum wichtigsten Handelspartner dieser Länder wird.

Aus der Sicht der betroffenen Länder – insbesondere Ungarns, Polens und der CSFR – wird die Frage nach den Chancen zur Fortführung ihres Handels mit den Partnerbetrieben in der DDR ein wichtiger Aspekt der Zukunft ihrer wirtschaftlichen Reformbestrebungen.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Wirtschaft vom 23. Oktober 1990 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Der von der Bundesregierung im 1. Staatsvertrag zugesagte und im Einigungsvertrag bestätigte *Vertrauensschutz* für den DDR-Osthandel bekommt dadurch einen zentralen Stellenwert.

I.

1. Welche Bedeutung am Außenhandel der DDR hat der Handel mit den einzelnen RGW-Staaten, wie hoch ist seine Bedeutung für diese Staaten?

Die ehemalige DDR realisierte 1989 mit den RGW-Ländern im Export 13 Mrd. Transferrubel (TRbl) und im Import 12,2 Mrd. TRbl. Im Zeitraum Januar–August 1990 betrug der Export in die RGW-Länder 8,1 Mrd. TRbl und der Import 5,5 Mrd. TRbl. Auf die RGW-Länder entfielen 79 % des Exportes und 70 % des Imports der ehemaligen DDR.

Haupthandelspartner war die UdSSR (42 % des Umsatzes) vor der CSFR (9,4 %), Polen (7,0 %) und Ungarn (6,6 %). Insgesamt wurden mit den kleineren RGW-Ländern (außer UdSSR) 32 % des gesamten Außenhandels umgesetzt.

UdSSR

Die ehemalige DDR und die UdSSR nahmen jeweils den 1. Platz unter ihren Handelspartnern ein.

Traditionell hatten sich folgende Handelsstrukturen herausgebildet:

Bisheriger DDR-Import:	
Rohstoffe und Materialien	ca. 70 %
Bisheriger DDR-Export:	
Maschinenbau und Elektrotechnik	ca. 65 %
Konsumgüter	ca. 18 %

In vielen Wirtschaftsbereichen haben die Exporte in die Sowjetunion entscheidenden Anteil an der Produktion, z. B. bei Fischereifahrzeugen 76 %, Reisezugwagen 68 %, Kränen 84 %, Kabel und Verseilmaschinen 58 %.

Bei einer Reihe von wichtigen Erzeugnissen hatten die bisherigen DDR-Lieferungen einen hohen Anteil am sowjetischen Gesamtbezug, z. B. bei Landmaschinen mehr als 40 %, Schiffen und Schienenfahrzeugen rd. 30 %, polygraphischen Maschinen und Ausrüstungen ca. 40 %, Ausrüstungen für die Lebensmittelindustrie rd. 25 %.

Andere RGW-Länder

Ihr Anteil am Außenhandel der ehemaligen DDR beträgt rd. 32 % (Januar bis August 1990). Langjährige Kooperations-, Liefer- und Bezugsvereinbarungen führten zu einer entwickelten Arbeitsteilung besonders auf den Gebieten des Maschinenbaus und der Elektrotechnik/Elektronik. So war z. B. die CSFR auf die Produktion von Straßenbahnen und Kommunalfahrzeugen, Ungarn auf die Produktion von Autobussen, Rumänien auf die Produktion von Güterwagen und die DDR auf die Produktion von Schiffen, Reisezugwagen und Kühlwaggons spezialisiert.

Im Werkzeugmaschinen-, Textilmaschinen-, Nahrungsgütermaschinen- und Landmaschinenbau gab es eine weitgehende Typenspezialisierung. Besonders entwickelt war der Sortimentsaustausch in der chemischen Industrie und der Konsumgüterindustrie.

Die Zusammenarbeit basierte auf einer Vielzahl von Regierungsabkommen sowie Minister- bzw. Ressortabkommen. Die Beziehungen mit der ehemaligen DDR hatten für die Partnerländer ebenfalls einen hohen Stellenwert. Statistisch gesehen, nahm die ehemalige DDR im Außenhandel Rumäniens, Bulgariens und Kubas den 2. Platz, bei Ungarn den 3. Platz und bei Polen und der CSFR den 4. Platz ein.

2. Wie hoch ist die Zahl der Arbeitsplätze, die in der DDR vom Handel mit den RGW-Staaten abhängen; wie sind diese Zahlen für die RGW-Länder?

Unter Zugrundelegung von Berechnungen des Anteils des RGW-Exports am Bruttosozialprodukt der ehemaligen DDR 1989 wird geschätzt, daß ca. 850 000 Arbeitsplätze in der gewerblichen Wirtschaft direkt und ausschließlich und weitere 500 000 bis 600 000 Arbeitsplätze in der Zulieferindustrie und anderen produzierenden Bereichen teilweise vom RGW-Handel abhängig sind.

Für die RGW-Länder liegen keine Zahlen vor.

3. Welche Entwicklung haben Export bzw. Import der DDR mit diesen Ländern im 1. Halbjahr 1990 gegenüber den drei Vorjahren genommen?

Charakteristisch für das 1. Halbjahr 1990 ist der Rückgang des Imports (um rd. 750 Mio. TRbl) und des Exports (um rd. 250 Mio. TRbl) gegenüber dem 1. Halbjahr 1989. In den Vorjahren war (mit Ausnahme des Imports aus der UdSSR) eine ansteigende Tendenz zu verzeichnen. Der Rückgang des Imports aus der UdSSR resultiert vor allem aus dem Preisrückgang für Erdöl und Erdgas (gegenüber den Verrechnungspreisen 1989 entsprechend RGW-Preisbildungsprinzipien), sinkenden Lieferungen bei einigen Rohstoffen und fehlender Möglichkeit der UdSSR zum Ausgleich mit anderen Erzeugnissen. Zahlenangaben nach Ländern s. Anlage.

4. Wie ist diese Entwicklung seit Juli verlaufen?

Mit der UdSSR betrug die Realisierung

	im Juli 1990	im August 1990
– Export	539 Mio. TRbl	554 Mio. TRbl
– Import	196 Mio. TRbl	154 Mio. TRbl

Hier spiegeln sich vor allem die Abnahmereduzierungen wider.

Noch gravierender zeigt sich die Differenz zwischen Export und Import bei den anderen RGW-Ländern, bei denen in den Monaten Juli und August einem Export von rd. 819 Mio. TRbl ein Import von nur 113 Mio. TRbl gegenüberstand.

Übersicht nach Ländern:
– in Mio. TRbl –

	Export		Import	
	Juli	August	Juli	August
CSFR	101	103	15	22
Polen	90	108	14	18
Ungarn	131	79	16	15
Rumänien	43	44	3	3
Bulgarien	38	37	6	1
Kuba	14	14	2	–

5. Wie schätzt die Bundesregierung die Entwicklung bis zum Jahresende ein?

UdSSR

Ausgehend vom Vertragsstand, der bereits jetzt ca. 600 Mio. TRbl über dem realisierten Exportvolumen 1989 liegt, und den weiteren Vertragsverhandlungen zur Durchführung des Zusatzprotokolls vom 31. Mai 1990 (zusätzliche Konsumgüter) sowie den Vereinbarungen zum Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse wird geschätzt, daß der Export zum Jahresende 1990 mehr als 20 % über dem Volumen des Jahres 1989 liegen wird.

Der Import wird voraussichtlich um 25 % gegenüber dem Vorjahr zurückgehen. Hauptgründe sind stark reduzierte Bezüge an Militärtechnik, Maschinenbauerzeugnissen und einigen Rohstoffen, wie Steinkohle, metallurgische Erzeugnisse, Faserholz, Holzerzeugnisse, Zellstoff sowie Lieferrückstände bei Erdöl (außerdem Preisrückgang bei Erdöl und Erdgas).

Andere RGW-Länder

Der Export in die anderen RGW-Länder wird Ende 1990 die gleiche Höhe wie 1989 erreichen (rd. 5,4 TRbl). Im Import werden voraussichtlich nur 3,1 Mrd. TRbl erreicht, das sind 2 Mrd. TRbl weniger als 1989.

Ursachen für diese Entwicklung sind vor allem die im Vergleich zum Vorjahr geringeren Vertragsabschlüsse im Import bei traditionellen Bezügen und die Stornierung von Importverträgen durch bisherige DDR-Abnehmer wegen

- fehlender Liquidität der Abnehmer;
- Veränderung der Konkurrenzbedingungen auf dem bisherigen DDR-Markt; Bevorzugung anderer Lieferanten aus Gründen

der Qualität, des wissenschaftlich-technischen Niveaus, des Service und der Finanzierungsbedingungen sowie der Umweltverträglichkeit;

- günstigere Importpreise in DM;
- verändertes Käuferverhalten der ehemaligen DDR bei Konsumgütern und Genußmitteln.

Die Entwicklung des Währungssaldos der Zahlungsbilanz mit den einzelnen Ländern wird weiter beeinflußt durch die Nichtinanspruchnahme von Reisezahlungsmitteln für die Ausstattung von bisherigen DDR-Touristen (seit Einführung der DM) sowie die Reduzierung des Imports von militärischen Gütern.

II.

6. In welcher Zahl haben DDR-Betriebe seit Jahresbeginn Bezugsverpflichtungen aus RGW-Ländern storniert, und welches Handelsvolumen war davon betroffen?

Im Handel mit der UdSSR sind ehemalige DDR-Betriebe von vereinbarten Warenbezügen in Höhe von rd. 650 Mio. TRbl zurückgetreten.

Darüber hinaus wurden für im Jahresprotokoll vereinbarte Importe in Höhe von ca. 400 Mio. TRbl keine Verträge abgeschlossen.

Dazu kommt, daß der sowjetische Vertragspartner erklärt, für rd. 3,6 Mio. t Erdöl keine Lieferungen durchführen zu können. Das entspricht einem Wert von rd. 340 Mio. TRbl.

Bezugsverpflichtungen aus den anderen RGW-Ländern wurden in Höhe von rd. 1 Mrd. TRbl storniert bzw. zur Stornierung angekündigt (CSFR 250 Mio. TRbl, Polen 100 Mio. TRbl, Ungarn 190 Mio. TRbl, Rumänien 200 Mio. TRbl, Bulgarien 210 Mio. TRbl, Kuba 55 Mio. TRbl).

Das sind bei Rumänien und Bulgarien rd. 40 %, bei der CSFR, Ungarn und Kuba rd. 20 % und bei Polen rd. 10 % der abgeschlossenen Importverträge bzw. des Importvolumens gemäß Jahresprotokoll 1990.

7. Wie hoch sind die bis zum 31. August diesen Jahres aufgelaufenen Verluste, die DDR-Unternehmen aus der Erfüllung ihrer Exportverpflichtungen entstanden, und wie verteilt sich diese Summe auf die RGW-Staaten?

8. Mit welchen zusätzlichen Verlusten ist bis zum Jahresende zu rechnen?

Aufgrund der teilweise nicht ausreichenden Konkurrenzfähigkeit und im Zusammenhang mit der Festlegung des internen Kurses 1 TRbl = 2,34 D-Mark ist eine Reihe von Betrieben nicht in der Lage, ihre Exportverpflichtungen gegenüber RGW-Ländern ohne staatliche finanzielle Hilfe zu erfüllen. Aus diesem Grunde wurde

im ersten Staatsvertrag die Möglichkeit der Gewährung von Subventionen beim Export in RGW-Länder festgelegt (siehe auch Fragen 9 und 10).

Den Unternehmen der ehemaligen DDR war mitgeteilt worden, daß alle einschlägigen Anträge bis zum 15..September 1990 einzureichen waren. Die bis dahin vorgelegten Anträge für Exportunterstützungen umfaßten ein Volumen von 6,5 Mrd. DM.

9. Welche Mittel zur Abdeckung derartiger Verluste wurden bislang an Betriebe ausgezahlt?

10. In welchem Umfang sind voraussichtlich weitere Mittel bis Jahresende und in 1991 erforderlich?
    Wie sollen sie gedeckt werden?

Auf der Grundlage des ersten Staatsvertrages wurde zur Abdekkung von Verlusten (Antragsvolumen insgesamt 6,5 Mrd. DM s. oben) ein Fonds zur Gewährung finanzieller Hilfe für die Erfüllung von Exportverträgen mit RGW-Ländern in Höhe von 2,0 Mrd. DM in den bisherigen DDR-Staatshaushalt für das 2. Halbjahr 1990 aufgenommen.

Für fünf Unternehmen mit einem Antragsvolumen von 1,9 Mrd. DM wurde die Finanzierung durch die Treuhandanstalt übernommen.

Damit sind aus dem Exportstützungsfonds Anträge mit einem beantragten Stützungsvolumen von 4,6 Mrd. DM abzudecken.

Unter Anlegung der festgelegten Kriterien wurden davon 3,6 Mrd. DM als Antragsvolumen anerkannt, von denen aufgrund der zur Verfügung stehenden Stützungsmittel in Höhe von 2 Mrd. DM nach dem Grundsatz der Gleichbehandlung nur 60 % des anerkannten Antragsvolumens bestätigt werden.

Mit Bearbeitungsstand 27. September 1990 wurden den Unternehmen daraus Mittel in Höhe von 1 040 Mio. DM bereitgestellt. Die restlichen Mittel werden im vierten Quartal 1990 ausgezahlt.

Für 1991 sind Exportstützungen nicht mehr vorgesehen. Notwendige finanzielle Hilfen werden im Rahmen der Maßnahmen zur Strukturanpassung gewährt.

11. Wie verteilen sich die Mittel nach Frage 10 auf die einzelnen RGW-Staaten?

Eine Verteilung dieser Mittel auf die Lieferungen an die einzelnen RGW-Länder ist nicht genau zu ermitteln. Eine Annäherung ergibt sich aus dem anteiligen Vertragsstand für das Jahr 1990 für den Export in die einzelnen Länder (UdSSR 57 %, CSFR 12 %, Polen 10 %, Ungarn 9 %, Bulgarien 4,6 %, Rumänien 4,6 %, Kuba 1,9 %, Vietnam 0,8 %, Mongolei 0,1 %.

12. Welche Maßnahmen zur Stabilisierung und Fortentwicklung des Wirtschaftsverkehrs wurden in diesem Zusammenhang mit der Sowjetunion vereinbart und in Kraft gesetzt?

Am 31. Mai 1990 wurde ein Protokoll über zusätzliche Lieferungen (Export von Konsumgütern, Import von Erdgas) im Jahre 1990 abgeschlossen. Bedeutungsvoll sind die Vereinbarungen über zusätzliche Exporte landwirtschaftlicher Erzeugnisse 1990/1991.

Mit dem Regierungsabkommen vom 18. Juli 1990 über die Wirtschaftsbeziehungen der ehemaligen DDR mit der UdSSR wurde u. a. festgelegt, daß ab 1. Januar 1991 die gegenseitigen kommerziellen Verrechnungen und Zahlungen in frei konvertierbarer Währung und der Handel zu Weltmarktpreisen erfolgen. Dazu werden die Vertragspartner die bereits für 1991 abgeschlossenen kommerziellen Verträge entsprechend umstellen.

Gemäß dem Staats- und dem Einigungsvertrag genießen die Außenhandelsverpflichtungen sowie die völkerrechtlichen Abkommen zur Wirtschaftszusammenarbeit Vertrauensschutz. Das bedeutet aber nicht ein starres Festhalten am Status quo, sondern Fortentwicklung an die auch von den RGW-Partnern jetzt anerkannten marktwirtschaftlichen Bedingungen des Wirtschaftsverkehrs. Vor diesem Hintergrund wird die einvernehmliche Klärung der weiteren Vertragsdurchführung bzw. die Vertragsbeendigung mit den sowjetischen Abkommenspartnern angestrebt, soweit es sich um Verträge mit einer Laufzeit über 1990 hinaus handelt.

Weiterhin enthält der am 28. September 1990 paraphierte langfristige Wirtschaftsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR Übergangsregelungen für die Wirtschaftsbeziehungen ehemalige DDR/UdSSR; er zeigt außerdem die Perspektiven für die zukünftige Zusammenarbeit zwischen dem geeinten Deutschland und der UdSSR auf.

13. In welchem Umfang haben RGW-Länder ihrerseits seit Jahresbeginn Bezugsverpflichtungen aus der DDR storniert, und welches Handelsvolumen war davon betroffen?

Genaue Angaben über erfolgte Vertragsstornierungen liegen nicht vor.

Ankündigungen zur Stornierung bestehender Exportverträge der ehemaligen DDR als Gegenreaktion auf die Nichtabnahme von Exporten der Partnerländer durch bisherige DDR-Vertragspartner wurden vor allem von der CSFR (ca. 150 Mio. TRbl = 9 % des Vertragsvolumens), Rumänien (ca. 80 Mio. TRbl = 12 % des Vertragsvolumens) und Bulgarien (ca. 70 Mio. TRbl = 10 % des Vertragsvolumens) gemacht.

Global kündigten auch die UdSSR und Ungarn solche Stornierungsabsichten an, jedoch bisher ohne konkrete Konsequenzen. Polnische Partner haben im I. Quartal 1990 wegen innerer ökonomischer Probleme Vertragsstornierungen in Höhe von rd. 100 Mio. TRbl vorgenommen, die jedoch später durch neue Vertragsabschlüsse kompensiert wurden.

14. In welcher Weise verändern sich durch die Einbrüche im Handel mit der DDR die Handelsbilanzen der RGW-Länder?

Der Saldo der Zahlungsbilanz bei der RGW-Bank in Moskau betrug mit der UdSSR Ende 1989 852 Mio. TRbl zugunsten der ehemaligen DDR.

Mit den Vereinbarungen des Jahresprotokolls für 1990 war ein Anstieg des Überschusses auf 1,4 Mrd. TRbl vorgesehen.

Insbesondere durch den zu erwartenden hohen Exportüberschuß mit der UdSSR im Jahre 1990 von voraussichtlich mehr als 4 Mrd. TRbl wird der Saldo der Zahlungsbilanz bis Jahresende voraussichtlich auf ca. 5 Mrd. TRbl anwachsen.

Mit den anderen RGW-Ländern wird voraussichtlich ein Aktivsaldo der Zahlungsbilanzen in Höhe von 2,5 bis 2,6 Mrd. TRbl zugunsten der ehemaligen DDR eintreten, darunter mit der

Tschechoslowakei	0,56 Mrd. TRbl
Polen	0,43 Mrd. TRbl
Ungarn	0,48 Mrd. TRbl
Rumänien	0,38 Mrd. TRbl
Bulgarien	0,35 Mrd. TRbl
Kuba	0,28 Mrd. TRbl

Diese Salden resultieren fast ausschließlich aus den Handelsbilanzpassiva dieser Länder gegenüber der ehemaligen DDR.

Die Negativsalden der einzelnen RGW-Länder gegenüber der ehemaligen DDR haben Einfluß auf ihre Zahlungsbilanzen gegenüber dem RGW-Raum insgesamt. Allerdings ist die Entwicklung des Handels der ehemaligen DDR nur ein die Zahlungsbilanzen beeinflussender Faktor. Es gibt auch Probleme bei der Entwicklung zwischen den einzelnen Ländern (siehe auch Frage 21).

Für die Zahlungsbilanzsalden per 31. August 1990 können folgende Aussagen getroffen werden:

Die UdSSR hatte Passivsalden gegenüber der ehemaligen DDR in Höhe von 3,0 Mrd. TRbl, gegenüber Polen (laufender Saldo ohne Kreditschulden) in Höhe von 2,7 Mrd. TRbl, CSFR (1,0 Mrd. TRbl), Ungarn (1,0 Mrd. TRbl) und Bulgarien (0,5 Mrd. TRbl).

Aktivsalden der UdSSR bestanden gegenüber Rumänien, Vietnam, Kuba und der Mongolei.

Die CSFR hatte Aktivsalden gegenüber der UdSSR (1,0 Mrd. TRbl), Bulgarien (0,2 Mrd. TRbl), Rumänien (0,1 Mrd. TRbl) und Kuba (0,1 Mrd. TRbl).

Passivsalden bestanden gegenüber der ehemaligen DDR (0,4 Mrd. TRbl), Polen (0,2 Mrd. TRbl) sowie in geringem Umfang gegenüber Ungarn, Vietnam und der Mongolei.

Polen hatte Aktivsalden gegenüber der UdSSR (2,7 Mrd. TRbl), Bulgarien (0,4 Mrd. TRbl) und CSFR (0,2 Mrd. TRbl) sowie in geringem Umfang gegenüber Ungarn und der Mongolei.

Passivsalden bestanden gegenüber der ehemaligen DDR (0,2 Mrd. TRbl), Vietnam (0,1 Mrd. TRbl) sowie in geringem Umfang gegenüber Rumänien.

Bulgarien hatte gegenüber allen Ländern, außer UdSSR und Kuba, negative Salden.

Bei Ungarn war das Aktiv gegenüber der UdSSR (1,0 Mrd. TRbl) und das Passiv gegenüber der ehemaligen DDR (0,2 Mrd. TRbl) hervorzuheben.

Gegenüber den anderen Ländern waren die Bilanzen annähernd ausgeglichen.

15. Wie will die Bundesregierung in diesem Zusammenhang ihrer besonderen Verantwortung gegenüber den kleineren RGW-Ländern gerecht werden?

Die Probleme im Handel der ehemaligen DDR mit den kleineren RGW-Ländern konzentrieren sich auf die Stornierung von Bezugsverträgen aus diesen Ländern.

Die sich aus der Wirtschafts- und Währungsunion ab 1. Juli 1990 ergebende Entwicklung hat vorweggenommen, was ab 1. Januar 1991 auch ohne die neue Situation in Deutschland eingetreten wäre. Der zwischen den RGW-Partnern für den 1. Januar 1991 vereinbarte Übergang von der Transferrubelverrechnung auf konvertible Währung und Weltmarktpreise setzt die Volkswirtschaften der RGW-Länder dem internationalen Wettbewerb aus. Es ist damit zu rechnen, daß die bisher durch Arbeitsteilung und Spezialisierung charakterisierten Beziehungen zwischen den RGW-Ländern sich dann stärker an ökonomischen Kriterien ausrichten und sich damit die traditionellen Export- und Importbeziehungen zugunsten neuer Bezugsquellen und Absatzmöglichkeiten unter Einbeziehung von Drittländern umgestalten.

Die Bundesregierung ist bemüht, den kleineren RGW-Ländern beim schwierigen Übergang auf die neuen wirtschaftlichen Bedingungen des Außenhandels flankierend zur Seite zu stehen.

16. Welche besonderen Maßnahmen sind hier bereits ergriffen worden, und welche Maßnahmen werden erwogen?

Voraussetzung für eine auch längerfristig tragfähige Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der ehemaligen DDR und den kleineren RGW-Ländern ist u. a. die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Unternehmen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Diesen Prozeß unterstützt die Bundesregierung durch erheblichen Mitteleinsatz für Maßnahmen der Strukturverbesserung. Der Treuhandanstalt kommt dabei eine Schlüsselfunktion zu.

Die Bundesregierung schafft darüber hinaus in Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft die organisatorischen Voraussetzun-

gen für erweiterte Informations- und Kontaktmöglichkeiten, die den Unternehmen und Organisationen der beteiligten Länder bei der Aufrechterhaltung von gewachsenen Liefer- und Bezugsbeziehungen flankierende Hilfe leisten. Dazu zählt die personelle Verstärkung von Handelsförderungsstellen, die Einrichtung von Delegiertenbüros der deutschen Wirtschaft in RGW-Ländern sowie einer von der Wirtschaft getragenen Koordinierungsstelle, die eingehende Anfragen an interessierte Unternehmen vermittelnd weiterleitet. Auch die Bundesstelle für Außenhandelsinformation wird in diesem Zusammenhang ihr bewährtes Instrumentarium einsetzen.

Die Bundesregierung hat sich weiterhin dafür eingesetzt, daß für die im Zuständigkeitsbereich der EG liegenden Bedingungen des Handels- und Wirtschaftsverkehrs während einer Übergangszeit besondere Maßnahmen getroffen werden, die erleichterte Voraussetzungen für einen Marktzugang von Betrieben und Organisationen der RGW-Länder auf dem Gebiet der ehemaligen DDR im Rahmen der traditionellen Warenströme schaffen. Die EG hat in diesem Zusammenhang Ausnahmen bei Zöllen, mengenmäßigen Beschränkungen sowie Normen und Standards vorgesehen.

Wegen des sich im Handel der ehemaligen DDR mit den RGW-Ländern bis zum Jahresende ergebenden positiven Transferrubelsaldos wird die Bundesregierung im nächsten Jahr mit jedem einzelnen RGW-Land Gespräche über eine Umrechnung in konvertible Währung und die Modalitäten der Rückzahlung aufnehmen, die die Leistungsfähigkeit der kleineren RGW-Länder berücksichtigt.

17. Wann, wo, auf welchen Ebenen und mit welchen Ergebnissen wurden hierüber Gespräche mit den einzelnen RGW-Staaten geführt?

Der Bundesminister für Wirtschaft führt seit Frühjahr 1990 Gespräche mit den RGW-Ländern über die Entwicklung des Handels der ehemaligen DDR in der Übergangsphase und über dessen längerfristige Gestaltung. Die Gespräche werden auf Abteilungsleiterebene in den Hauptstädten der RGW-Länder und in Bonn geführt. Mit Ungarn fand ein Gespräch auf Staatssekretärebene statt. Sie geben Gelegenheit, die in diesem Zusammenhang von der Bundesregierung verfolgte Politik zu erläutern (Frage 16).

18. Wo und in welchem Umfang ist die Verstärkung von Handelsförderstellen beabsichtigt?

Es ist beabsichtigt, die Handelsförderungsstellen bei den Botschaften in den RGW-Ländern unverzüglich personell zu verstärken, um intensiver und dezentral sachkundige Beratung für Firmen aus Ost und West anbieten zu können. In der UdSSR wird es in Zukunft nicht nur in Moskau, sondern auch in Leningrad, Minsk und Kiew Ansprechpartner geben.

Sie werden helfen, Ersatzpartner für ausgefallene Lieferanten oder Abnehmer in der ehemaligen DDR ausfindig zu machen, indem sie ein dafür von den Spitzenverbänden der Wirtschaft und den Industrie- und Handelskammern errichtetes Informationsnetz nutzen.

19. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um Export-Unternehmen in der DDR möglichst schnell auf das Niveau der Weltmarktkonkurrenz anheben zu können?

In den Fällen, bei denen bisherige DDR-Exportproduzenten das Niveau der Weltmarktkonkurrenz noch nicht erreichen, kommt es nach Umstellung der sozialistischen Kommandowirtschaft auf das System der sozialen Marktwirtschaft in der ehemaligen DDR zu allererst darauf an, daß die Unternehmen selbst Initiativen und Maßnahmen ergreifen, um durch Marktorientierung und Umstrukturierung international konkurrenzfähig zu werden. Die Bundesregierung wird – entsprechend ihrer konsequent marktwirtschaftlichen Grundhaltung – keine interventionistischen Maßnahmen ergreifen, sondern durch möglichst günstige Rahmenbedingungen und flankierende marktkonforme Maßnahmen (siehe Antwort zu 20) eine möglichst rasche strukturelle Anpassung massiv fördern.

20. Welche Maßnahmen – entsprechend Artikel 28 Einigungsvertrag – sind in diesem Zusammenhang angelaufen bzw. in Vorbereitung?

Es handelt sich u. a. um folgende Maßnahmen:

1. Zuschüsse für gewerbliche Investitionen bis zu 23 v.H. im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur".
2. Investitionszulage für die Anschaffung oder Herstellung neuer beweglicher abnutzbarer Wirtschaftsgüter.
3. Bildung einer Verlustrücklage bei Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland bei Anteilsübernahme von bisherigen DDR-Unternehmen.
4. Fortgeltung von Vergünstigungen des bisherigen DDR-Steuerrechts (z. B. Sonderabschreibungen bis 31. Dezember 1990). Ab 1991 gelten die günstigen Abschreibungsbedingungen der Bundesrepublik Deutschland; es besteht außerdem die Möglichkeit des unbegrenzten Verlustvortrags.
5. Exportgarantien und -bürgschaften (Hermes)
6. ERP-Kredite mit besonders günstigen Bedingungen für Unternehmen in der ehemaligen DDR.
7. Eigenkapitalhilfeprogramm für Neugründungen, tätige Beteiligungen und Übernahmen von Firmen.
8. Förderung von Informations- und Schulungsveranstaltungen für Unternehmen und Führungskräfte.
9. Förderung von Unternehmensberatungen.

III.

21. Wie entwickelt sich der Intra-RGW-Handel in diesem Jahr im Vergleich zu den Vorjahren?

Auch im Jahre 1990 setzte sich die seit 1988 bestehende Tendenz der Verringerung des Handels zwischen den RGW-Ländern fort. Die Ursachen für diese Entwicklung liegen u. a.

- in der Verschlechterung der ökonomischen Situation in der Mehrzahl der Länder,
- in der ungenügenden Konkurrenzfähigkeit der angebotenen Erzeugnisse,
- in konjunkturellen Veränderungen auf den Weltmärkten sowie
- in dem bisherigen Streben der RGW-Länder, den Handel im wesentlichen ausgeglichen und bilanziert zu gestalten.

In der Entwicklung des Außenhandels in den RGW-Ländern wird die krisenhafte Wirtschaftssituation deutlich. Der Auftragsausfall aus den wichtigsten Partnerländern verschärft wiederum die wirtschaftlichen Probleme in den einzelnen RGW-Ländern. Vom RGW-Sekretariat wird eingeschätzt, daß der Rückgang im Vergleich zum ersten Halbjahr 1989 nach Ländern differenziert im Durchschnitt zwischen 10 bis 20 % liegt. In diesem Trend dürfte auch die Entwicklung für 1990 insgesamt liegen.

Im I. Quartal 1990 war folgende Entwicklung zum Vergleichszeitraum des Vorjahres zu verzeichnen:

	Umsatz	Export	Import
Bulgarien	86,4 %	85,7 %	87,3 %
Rumänien	82,5 %	79,3 %	86,0 %
ehemalige DDR	90,3 %	93,7 %	86,5 %
Mongolei	92,9 %	100,2 %	88,4 %
Polen	87,7 %	102,2 %	71,0 %
UdSSR	92,1 %	89,3 %	94,6 %
CSFR	87,7 %	85,1 %	90,5 %

Die Angaben für das 1. Halbjahr 1990 liegen noch nicht vor.

22. Wie hat sich der Handel der übrigen EG-Staaten mit den RGW-Ländern in diesem Jahr entwickelt?

Zahlen liegen nur für die ersten fünf Monate 1990 vor.

Danach waren die Gesamtimporte von 11 EG-Ländern (alle Mitgliedstaaten außer Griechenland) aus den europäischen RGW-Ländern (zusätzlich Jugoslawien und Albanien) gegenüber dem Vorjahreszeitraum unverändert (– 0,01 %). Stärkere Einfuhrrückgänge wiesen Italien (– 10,6 %), Großbritannien (– 11,9 %) und Spanien (– 14,5 %) auf. Spürbare Zuwächse hatten neben der Bundesrepublik Deutschland (+ 17,3 %) die Niederlande (+ 13,1 %), Irland (+ 20,2 %) und Dänemark (+ 12,3 %) zu verzeichnen.

Die Gesamtausfuhren von 11 EG-Ländern in die o. a. Ländergruppe nahmen im Vergleichszeitraum um 8,28 % zu. Dabei wiesen die Niederlande (+ 22,4 %), Italien (+ 23,3 %), Irland (+ 130,2 %), Dänemark (+ 13 %) und Spanien (+ 32,9 %) die größten Zuwächse auf. Die Exporte der Bundesrepublik Deutschland nahmen um 9,8 % zu. Den höchsten Exportrückgang hatten Belgien/Luxemburg (– 12 %).

23. Teilt die Bundesregierung Befürchtungen von einer Gefahr des Zusammenbruchs der osteuropäischen Handelsstrukturen u. a. in Folge des Verlusts ihrer traditionellen Exportmärkte (z. B. Wallstreet-Journal; 14. August)?

Ein zunächst spürbarer Rückgang des Handels mit der UdSSR und den anderen RGW-Ländern ab 1991 nach Übergang des Handelsverkehrs auf Weltmarktpreise und konvertible Währung ist nicht auszuschließen.

Hauptgründe dafür können sein:

- fehlende Konvertierbarkeit des Rubels und begrenzte Verfügbarkeit über konvertible Währungen,
- die mehrfach geäußerte Absicht der UdSSR, ab 1991 die Erdölexporte drastisch zu senken bei gleichzeitigem Fehlen anderer, international wettbewerbsfähiger Exportgüter,
- die Begrenzung des Imports durch die Partnerländer auf das Notwendigste, wie Ersatz- und Komplettierungsteile, Medikamente, Nahrungsmittel aufgrund der angespannten Valutasituation. Starke Beschränkungen bei Maschinen und anderen Investitionsgütern,
- erhebliche Verringerung der Abnahmebereitschaft seitens der Unternehmen der ehemaligen DDR bei Erzeugnissen des Maschinenbaus, der Elektrotechnik/Elektronik, bei ausgewählten Rohstoffen, wie Steinkohle, Holz, metallurgischen Erzeugnissen,
- Probleme der Umorganisation in den Leitungsstrukturen des Staates, der Wirtschaft und des Bankwesens in RGW-Ländern (Abschaffung alter Strukturen, ohne daß bisher effektive neue geschaffen wurden),
- Schwierigkeiten in der praktischen Handhabung des Handels mit den RGW-Ländern zu Weltmarktbedingungen (veränderte Preisbildung, neue Zahlungsbedingungen),

Ausgehend von den den Handel begünstigenden Faktoren, wie

- hohe Marktpräsenz der Unternehmen der ehemaligen DDR und ihre traditionellen, langjährig gewachsenen Beziehungen,
- Bedarf an Nachfolgelieferungen

bestehen gute Aussichten, daß die allgemeinen Instrumente der Außenwirtschaftspolitik (z. B. Handelsförderungsstellen, Beratung, Ausfuhrgewährleistungen, Kapitalanlagengarantien) und

die Anstrengungen der Unternehmen und Wirtschaftsverbände zur Aufrechterhaltung und Fortentwicklung der Handelsbeziehungen mit den RGW-Ländern nach einer schwierigen Übergangszeit wirkungsvoll beitragen.

24. Wie beurteilt die Bundesregierung die Bereitschaft der EG und der übrigen europäischen Staaten, einer solchen Gefahr entgegenzuwirken?

    Welche Schritte wurden bereits unternommen?

Die EG und die übrigen europäischen Staaten sind daran interessiert, die mit der politischen Öffnung der RGW-Länder verbundenen Chancen für einen intensiveren wirtschaftlichen Austausch zu nutzen. Die EG hat bereits durch den 1988 eingeleiteten Abschluß von Handels- und Kooperationsverträgen mit den einzelnen RGW-Mitgliedsländern die Weichen für eine umfassende und enge Zusammenarbeit gestellt. Von dieser Basis ausgehend hat der nach dem Weltwirtschaftsgipfel 1989 eingeleitete Aktionsplan der 24 Staaten (Phare) unter Federführung der EG-Kommission Programme zur Unterstützung des Prozesses der Anpassung in den RGW-Ländern an marktwirtschaftliche Bedingungen entwickelt und realisiert.

Dazu zählen Hilfen durch Ausbildungsprogramme, Handelsliberalisierung, die Gründung einer Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Nahrungsmittelhilfe, finanzielle Unterstützung in den Bereichen Kooperationsvorhaben, Umwelt und Zahlungsbilanz.

Die EG hat ihre Bereitschaft zur aktiven Unterstützung der Volkswirtschaften der RGW-Länder auch mit der unverzüglichen Einführung von Übergangsregelungen unter Beweis gestellt, nach denen die Lieferungen aus den RGW-Ländern in die ehemalige DDR im Rahmen der traditionellen Warenströme von Zöllen, mengenmäßigen Beschränkungen und Normenanforderungen befristet freigestellt sind.

Über diese Einzelaktion hinaus hat die EG-Kommission auch den gemeinschaftsinternen Dialog über mögliche Assoziierungsabkommen mit einzelnen besonders weit fortgeschrittenen RGW-Mitgliedsländern (Polen, Ungarn, CSFR) aufgenommen.

Ex- und Importe der DDR mit den RGW-Ländern 1987–1990 (jeweils 1. Halbjahr)
– in Mio. Rbl –

	1987		1988		1989		1990	
	Export	Import	Export	Import	Export	Import	Export	Import
RGW gesamt			5 885	5 148	6 109	5 051	5 858	4 299
davon UdSSR			3 290	3 045	3 420	2 835	3 275	2 410
übrige RGW	2 455	1 983	2 595	2 103	2 689	2 216	2 583	1 889
CSFR	775	580	760	600	780	560	850	535
Polen	560	425	610	480	660	515	430	570
Ungarn	470	385	505	380	510	405	490	340
Rumänien	230	230	250	225	270	265	315	140
Bulgarien	285	200	300	230	285	230	345	190
Kuba	105	140	130	165	140	210	115	80
Vietnam	20	16	30	15	35	23	27	25
Mongolei	10	7	10	8	9	8	11	9

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333